Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: 50 ₰ monatl., 2.70 ₰ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 ₰ monatl., 2.25 ₰ vierteljährl.

Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.60 ₰, monatl. 1.20 ₰ ausschl. Postbestellgeld, ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint wöchentlich 7 mal und zwar morgens.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 ₰.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8. Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰. Finanzielle Anzeigen 30 ₰, Reklamen 1 ₰; von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.20 ₰; vom Ausland 50 ₰, finanz. Anzeigen 75 ₰, Reklamen 1.50 ₰.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 ₰.

Beilagegebühr 5 ₰ p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 80. Sonntag 21. März 1909. 103. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Der Reichskanzler lehnt es zurzeit ab, der Budgetkommission über die deutsch-englische Flottenbauverständigung eine Auskunft zu geben. (S. Dtschs. R.)

* Der Reichstag erledigte am Sonnabend in zwei aufeinanderfolgenden Sitzungen den Militäretat in zweiter Lesung. (S. Ber.)

* Die Finanzkommission des Reichstages beriet am Sonnabend das Gas- und Elektrizitätssteuergesetz. In der Abstimmung wurde § 1 gegen vier Stimmen und sodann der Rest der Vorlage debattelos abgelehnt. Dienstag: Branntweinsteuer.

* Im Streik der französischen Post- und Telegraphenbeamten ist für die nächsten Tage kaum eine Besserung zu erwarten. Die vorgestrige Sitzung der Kammer endete erst spät in der Nacht. Die Regierung erhielt mit sehr starker Majorität ein Vertrauensvotum, worin ihre Haltung gegenüber den Ausständigen vollkommen gebilligt wird. (S. Ausl.)

* **Wie offiziös aus Wien mitgeteilt wird, wird der österreichische Gesandte in Belgrad die Antwort der österreichisch-ungarischen Regierung auf die letzte serbische Note am Dienstag oder Mittwoch der serbischen Regierung überreichen. Im übrigen kann auch heute noch nicht von einer Besserung der Lage gesprochen werden, trotzdem die Kabinette der Signatarmächte ununterbrochen daran arbeiten, noch in zwölfter Stunde eine Wendung zum Guten herbeizuführen.** (S. d. bes. Art.)

* Der venezianische Vertreter des italienischen Militärblattes „Preparazione" erfährt, das **italienische Kriegsministerium** arbeite an einer Vorlage über **Verstärkungen an der Ostgrenze Italiens. Der Abmarsch einer Festungsartilleriebrigade von Turin nach Venedig** sei beschlossen und **stehe unmittelbar bevor.**

* Wie die New Yorker „Tribüne" meldet, haben die Vereinigten Staaten von Nicaragua jetzt ein Ultimatum gestellt, es solle der Unterbreitung der Forderung der Union an ein Schiedsgericht sofort zustimmen, widrigenfalls der Abbruch der diplomatischen Beziehungen erfolgen würde.

Was ist koloniale Eingeborenenpolitik?

Das Offiziosentum treibt manchmal recht sonderbare Blüten. Nun streiten wir uns seit bald zwei Jahren über koloniale Eingeborenenpolitik herum, ohne zu wissen, was man darunter versteht. Erst jetzt werden wir darüber belehrt. In einem der zahlreichen, aus Anlaß der peinlichen Unruhen auf Samoa inspirierten Elaborate sind die geflügelten Worte zu lesen: „Unter Eingeborenenpolitik versteht man im allgemeinen die Bewirtschaftung des Landes mit farbigen Arbeitern und deren Beschaffung." Unter voller Anerkennung der Gelehrigkeit des journalistischen Lieblings Dernburgs, der in dem fraglichen Artikel einen kunstvollen Eiertanz um den Kern der Samoa-Unruhen aufführt, müssen wir dem Herrn Offiziosus leider seinen schönen Traum zerstören und sagen: Unter kolonialer Eingeborenenpolitik versteht kein Mensch etwas anderes, als die Regelung des politischen und sozialen Verhältnisses zwischen dem Kolonisator und dem Eingeborenen. Darum dreht sich's gegenwärtig in Ostafrika, darum dreht sich's oder wird sich's jetzt drehen in Samoa. Die „Arbeiterbeschaffung" ergibt sich daraus als nachgeordnete Frage. Demnach ist also keineswegs in Samoa in punkto Eingeborenenpolitik alles in bester Ordnung, wie jener Offiziosus glauben machen will. Man sollte lieber in der offiziellen und offiziösen Kolonialpolitik die merkwürdige Taktik fallen lassen, erst des langen und breiten über eine Frage zu streiten, und dann plötzlich, wenn man nicht mehr auszuweichen vermag, den Erstaunten zu spielen, der von nichts weiß und alles ganz anders gemeint hat.

Jeder denkende Mensch weiß, was man sich unter kolonialer Eingeborenenpolitik zu denken hat. Wir wollen also beim Thema bleiben und nicht künstlich abschweifen! Um aber ja kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, soll auf Grund der stenographischen Reichstagsberichte kurz rekapituliert werden, um was es sich im einzelnen handelt.

In Ostafrika hat der Gouverneur im Einverständnis mit dem Reichskolonialamt die Anfänge einer Selbstverwaltung der Weißen, die Kommunalverbände, unter allerlei Vorwänden aufgehoben. Ob diese Gründe stichhaltig sind, soll hier nicht untersucht werden, denn dies gehört nicht zum Thema. Während aber die Kolonialverwaltung u. a. geltend macht, es fehle unter den Weißen an „geeignetem Material" für die Selbstverwaltung, findet der Gouverneur dieses „geeignete Material" unter den Schwarzen. Denn während die Weißen hinsichtlich ihres Selbstbestimmungsrechtes beschnitten werden, sollen die Schwarzen eine Art von Selbstverwaltung bekommen, kraft der sie sogar die kümmerlichen, neu zu organisierenden Reste der weißen Selbstverwaltung illusorisch machen können. Wir meinen die schwarzen Bezirksräte und die Farbigenausschüsse in der Stadtverwaltung von Daressalam und Tanga, die Einspruchsrecht gegen die Beschlüsse der Weißen unter letztinstanzlicher Entscheidung durch den Gouverneur erhalten sollen, womit der Gouverneur instand gesetzt ist, die Aufhebung jedes ihm unbequemen Beschlusses der Weißen herbeizuführen. Und die Beschlüsse der Weißen sind in den Kolonien häufig der hohen Obrigkeit unbequem.

Daß die ganze Sache dem Ansehen der Weißen außerordentlich schaden würde, ist klar, und der Abgeordnete Arendt hat jüngst im Reichstag mit Fug und Recht darauf hingewiesen, daß die letzte Konsequenz einer derartig verfehlten, weißenfeindlichen Eingeborenenpolitik nach Ansicht aller Kenner ein Aufstand sein werde. Uebrigens war alles, was über diesen und die damit zusammenhängenden Punkte im Reichstag neulich geredet wurde, auch diesmal wieder vollkommen in den Wind gesprochen. Dernburg gab um keine Linie nach, und so bleibt es vorläufig bei der negrophilen Politik des Herrn v. Rechenberg. So lange, bis es unsere Ostafrikaner machen wie ihre Landsleute in Neu-Guinea, nämlich jede Mitwirkung an einer Verwaltung strikte ablehnen, die auf den Rechenbergschen Grundsätzen angehender schwarz-weißer Parität beruht. Wenn die Schwarzen in zwanzigjähriger Lehrzeit besseres „Material" zur Selbstverwaltung geworden sind, als wir in 1000 Jahren, so hätten wir in Afrika eigentlich gar nichts zu suchen. Unsere Landsleute draußen sind aber anderer Ansicht darüber, und werden dem auch Geltung zu verschaffen wissen. Denn so kann es nicht weiter gehen! Wohin wir steuern, zeigt das neueste Projekt der Kolonialverwaltung, die Neger im Gerichtsverfahren zum Eid zuzulassen. Wenn wir schon den 1. April hätten, so müßte man diese Idee für einen schlechten Scherz halten. Auch wer auf negrophilem Standpunkt steht, aber nur einigermaßen den Neger kennt, muß zugeben, daß diese Idee das Phantastischste ist, was je im Schoße der Kolonialverwaltung ausgeheckt wurde. Der Eid ist eine Einrichtung, die einfach über das Begriffsvermögen des Schwarzen, über seine Vorstellung von Gut und Böse hinausgeht. Wenn der Neger erst heraus hat, daß man durch diese segensreiche Einrichtung sich einen Vorteil verschaffen oder einem Widersacher eins auswischen kann, so gibt es keinen Eid, den er nicht schwört. Das einzige Mittel, ihm einen gewissen Respekt vor dem Eid einzuflößen, wäre, wenn man ihn bei seinem Aberglauben packen würde. Aber das widerspricht wieder unseren christlichen Grundsätzen. Nehmen wir den Negereid wirklich ernst und geben wir ihm rechtliche Wirkungen, so sind in einem Jahr sämtliche Weißen in den Kolonien, mit Ausnahme der Beamten, ins Zuchthaus geschworen. Das klingt lächerlich, ist aber so. Die „negererhaltende" Politik, die Dernburg anstrebt, ist wohl für die Idee einer „Handelskolonie" im Augenblick förderlich, sie läßt aber eine gesunde und stetige Wirtschaftsentwickelung nach den Grundsätzen eines modernen Staatswesens nicht aufkommen, da sie dem unmündigen Neger einen Platz anweist, den er nicht auszufüllen vermag. Sie führt uns zu unausbleiblichen Rassenkonflikten mit dem falsch erzogenen Schwarzen, bei denen dieser dann dezimiert wird. Man denke nur an das System Leutwein in Südwestafrika. Auch Leutwein meinte, mit den Eingeborenen auf gleichem Fuße verkehren zu können. Die Folge war ein Vernichtungskampf. In der Kolonialgeschichte, namentlich in der englischen, gibt es dafür noch eine Reihe von Beispielen. Eine solche Politik ist also letzten Endes nicht negererhaltend, sondern das Gegenteil. Wenn man den Neger wirklich erhalten will, so muß man ihn dem Wirtschafts- und Staatsleben seinen Fähigkeiten entsprechend einfügen. Eine reinliche Scheidung, bei der dem Weißen die Vorherrschaft gesichert wird, ist schon um deswillen notwendig, damit die Rassengegensätze bestehen bleiben. Ist auch nur ein Schein von politischer Gleichberechtigung vorhanden, so läßt sich eine Rassenmischung auf die Dauer nicht verhindern, und damit fällt die Grundlage für die Zukunft des Landes als deutsche Kolonie.

Das ist alles so selbstverständlich und folgerichtig, daß man gar nicht darüber reden sollte. Ein Kolonialbeamter, der kein Gefühl für Rassenreinheit besitzt, entbehrt der notwendigsten Voraussetzung für seinen Posten. Und darum, meinen wir, sollte der Reichstag endlich ein Machtwort sprechen und nicht immer wieder vorsichtig einer Kraftprobe aus dem Wege gehen. Es könnte sonst, wie in Südwest, so eines Tages auch in Ostafrika zu spät sein.

Dasselbe gilt, wie wir neulich ausgeführt haben, für Samoa. Dort liegen die Verhältnisse sogar noch dringlicher. Eine verhältnismäßig starke Mischlingsbevölkerung macht die Frage der Rassenscheidung zu einer brennenden. Wenn dort überhaupt noch etwas zu retten ist und wir ernsthaft glauben, die Kolonie auch in fernerer Zukunft halten zu können, so muß auch dort die unbedingte Vorherrschaft des Deutschtums aufgerichtet werden. Die bisherige Verhätschelung der Eingeborenen und der ganze eingeborene Selbstverwaltungszauber grenzt in seiner jetzigen Verfassung ans Würdelose. Man kann den Leuten ja ruhig ihr Politikspiel in der Hauptsache lassen, aber dem müssen auch die erforderlichen Machtmittel gegenüberstehen, die den Eingeborenen jeden Augenblick zum Bewußtsein bringen, daß wir die Herren im Lande sind. Wie das zu machen ist, haben wir neulich angedeutet. Die eingeborene Renommiertruppe, die Fita-Fita, wird bezeichnenderweise in allen offiziösen Auslassungen schamhaft totgeschwiegen. Denn sie ist der charakteristischste Ausfluß der dortigen Eingeborenenverhätschelung. An ihre Stelle muß eine weiße Truppe treten, dann kann man vielleicht ein besonderes samoanisches Stationsschiff entbehren, das erheblich größere Kosten verursachen würde.

Wir glauben, nun zweifelsfrei festgestellt zu haben, „was man im allgemeinen unter Eingeborenenpolitik versteht".

Item: eine gesunde Eingeborenenpolitik kann sich nur auf reinliche Rassenscheidung, unbedingte Vorherrschaft der weißen Rasse gründen. Wenn wir uns nicht zu dieser Erkenntnis durchzuringen vermögen, so sollten wir lieber die Finger von der Kolonialpolitik lassen. Denn sonst geht es uns eines Tages wie den Portugiesen: wir verniggern, vorausgesetzt, daß wir nicht vorher zu unserem Glück die Kolonien loswerden!

Ablehnung der Gas- und Elektrizitätssteuer.

O. **Berlin**, 20. März. (Privattelegramm.)

Die Finanzkommission des Reichstages hat heute ebenfalls **die Gas- und Elektrizitätssteuer abgelehnt.** Die Verhandlung verlief ungefähr folgendermaßen: Der Referent Dr. Pichler (Ztr.) erstattete zunächst einen 1½stündigen Bericht über die zahlreichen Petitionen und sprach die Hoffnung aus, daß man mit der Vorlage ebenso schnell fertig werde, wie mit der Inseratensteuer. Ein Vertreter der Reichspartei empfahl die Vorlage zur Annahme. Heute sei es noch Zeit für eine solche Steuer, später nicht mehr. Schatzsekretär Sydow äußerte sich ohne viel Hoffnung für das Zustandekommen der Steuer. Die Vorlage gehe von der Annahme aus, daß die Steuer auf die Konsumenten abgewälzt werde. Eine Hemmung der Industrie sei nicht zu befürchten. Die Elektrizität sei ja in keinem Lande so ausgebreitet, wie in Oberitalien, trotz der dortigen Steuer. Die elektrische Industrie werde spielend die Auflage verwinden. Keine Ersatzsteuer werde so wie diese aus sich selbst heraus stets steigende Erträge bringen. Diese Steuer habe eine gewaltige Zukunft weit über die Bevölkerungsvermehrung hinaus. Man solle nicht jetzt den richtigen Moment verpassen, wie man es mit der Reichseisenbahn und dem Tabakmonopol getan habe. Die Vertreter der Freisinnigen und der Wirtschaftlichen Vereinigung lehnen die Vorlage für ihre Partei ab, ein konservativer Abgeordneter im Namen nur eines Teils seiner Freunde. Der nationalliberale Redner tadelte die Vorlage als systemlos und nicht gut durchgearbeitet. Eine längere Rede gegen die Steuer hielt noch ein freisinniges Kommissionsmitglied unter Bezugnahme auf die Interessen seines Wahlkreises im sächsischen Vogtlande, besonders der vogtländischen Stickereiindustrie, wo seit einigen Jahren der elektrische Einzelbetrieb für die Stickmaschinen mehr und mehr angewendet werde. Der Sachverständige der Regierung versucht noch einmal die Steuervorlage zu verteidigen. Dann wurde abgestimmt und der ganze Regierungsentwurf über die Gas- und Elektrizitätssteuer mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt. Für die Regierungsvorlage stimmten die Mitglieder der Reichspartei und zum Teil die Konservativen. Die nächste Sitzung wurde für Dienstag anberaumt. Man will dann die neue Branntweinsteuervorlage beraten.

* * *

Für die Beratung der Finanzkommission am Dienstag sind die Aussichten schon jetzt nicht sonderlich günstig, denn als Vertretung des deutschen landwirtschaftlichen Brennereigewerbes hat der Verwertungsverband Deutscher Spiritusfabrikanten nach eingehender Beratung einstimmig den Beschluß gefaßt, die von der Subkommission des Reichstages ausgearbeitete Steuervorlage abzulehnen mit Rücksicht auf das Uebermaß der Belastung, die dauernde Entwertung der Produktion und die allgemein verderbliche, für diejenigen Brennereien aber geradezu vernichtende Wirkung, die sich bisher vornehmlich auf die Herstellung von Kontingentspiritus beschränkt haben. Wesentlich höhere Steuererträge könnten, ohne die Lebensfähigkeit des Brennereigewerbes zu unterbinden, einzig auf dem Boden der Monopolvorlage der Regierung erzielt werden. — In Regierungskreisen sucht man bereits nach Ersatz für die ausgefallene Inseratensteuer. Wie von informierter Seite verlautet, trägt sich die Reichsregierung mit der Absicht, als Ersatz für die abgelehnte Inseratensteuer und die etwa noch fallenden Steuervorlagen den Entwurf einer 30prozentigen Wertzuwachssteuer einzubringen.

Das Tor des Ostens.

Um das kleine Balkandreieck, woraus seit Monden die zwanzigfache Minderheit kuriose Fanfaronaden und gellenden Trompetenschrei über die Drina schickt, hat in den allerletzten Tagen Europas wirre Phantasie sich ganz entzündet. Es geht nicht um den Raubstaat. Man hat seine Paris, die Besten der Nation, gesehen, die in Dragas Schlafzimmer Metzgerarbeit fürs Reich vollbrachten, und hat sie selbst ihr Heil sich finden lassen. Und gälte es allein, den kronprinzlichen Tollkopf einzusperren und großherzischen Gemütern wieder Sanftheit zuzuführen, so blieben in Oesterreich alle Köpfe kühl. Aber es geht nicht um den Raubstaat. Ueber den Balkan zuckt das Wetterleuchten, das im Aufsprühen jäher Blitze die Helmspitzen marschierender Armeen zeigt. Man zählt **drei, vier Armeen und Europa könnte um das Tor des Ostens ringen.** Die Fanfaronaden, fürchtet man, blasen zum Völkerkrieg. Und in der Sturmjagd von hundert Meinungen, hundert Nachrichten, die verschärfen und mildern und widersprechen, lauert drei Tage lang noch oder ein wenig mehr die letzte, plötzliche Stille. Niemand weiß, da alle das Gleiche fürchten, was wird.

Die Kleinen unten, die jetzt im Tor des Ostens randalieren, sind kein Grund der Furcht. Aber ohne Unvorsichtigkeit wird niemand die Leute unterschätzen müssen. Der Kriegsrausch hat alle Kritik verwirrt, man hat das Schauspiel en miniature, das 1870 den Spaziergang nach Berlin ermöglicht. Man steigert sich selbst im Kraftgefühl, das täglich hundert Lügen vom zermorschten Oesterreich stützen, und hat alle nüchternen Begriffe von Tatsachen und absoluter Macht davongejagt. Sie werden von Banden die feindlichen Korps zerfleischen lassen und, indes des Königs Streiter unter regulären Fahnen die Truppen Franz Josephs bedrängen, noch obendrein im Guerillakrieg Mann hinter Mann in den Bergen stehen. Sie werden die Kampagne von Bosnien wiederholen und diesmal sie zum Siege wenden. Indes gerade die Kampagne von Bosnien vergessen sie. Sie wollen es nicht wissen, daß man seit dem Ueberfall von Maglaj, als eine Husarenreskadron auf nächtlicher Straße über dünnen, quergespannten Draht strauchelte und aus dem Hinterhalt erschossen wurde — serbische Dichter sangen von der Heldentat, die aus der Eskadron ein Armeekorps, aus dem Erker eine Entscheidungsschlacht machte —: daß man im österreichischen Generalstab seither auf Balkanheldentum geeicht ist. Sie wollen es nicht wissen, daß man trotz „Maglaj" mit den fanatischen Horden fertig wurde und daß man just in Oesterreichs Bergen seit 1809 und länger auf den Kleinkrieg sich versteht. Und sie zucken die Achseln über den „Drill" der Oesterreicher, der freilich „besser wäre", und lassen das Volk lächeln über diese Gegner, die „dafür schlechter schießen", wenn's auch die Regimenter der Kaiserjäger wären, die jeden Schuß als Todesurteil schießen . . .

Die Kleinen unten berauschen sich. „Kommt nur, ihr Herren von Wien", meinen die Blätter. Aber der Pessimismus der Herren von Wien, die im Falle drängendster Not mit zäher, entschlossener Ruhe unter den Schreiern Ordnung schaffen werden, ist nicht Serbien. Europäische Gespenster gehen um. Waghalsige Kombinationen tauchen auf, alle Temperamente schmieden zum Weltkrieg besondere Gruppen. Rußland wird dem „serbischen Bruder" helfen (helfen: denn Rußland selbst will durch das Balkantor vor Oesterreich in den begehrten Osten einmarschieren). Dann wird die „germanische Treue", über die der Eisenjubel in der Hauptstadt Ungarns groß war, ja freilich genötigt sein, dem Zaren die Heroenstunden zu betrüben. Natürlich, daß dann auch Frankreich nicht mehr ruhig zusieht. Man hat jenseits des Rheins den Revanchegedanken vielleicht aufgegeben, aber das Bündnis zwingt die Republikaner, den Absolutismus gegen die Deutschen zu stützen. Und zweifelhaft bleibt selbst Italiens Neutralität, das Oesterreichs italienische Provinzen locken könnte . . . nur England bleibt gewiß in Ruhe. England wird gar nichts machen. Wenigstens wird's keiner sehen. Man weiß es ja: England tut nie was . . .

Vielleicht aber tun trotz alledem und gerade darum auch alle anderen nichts. Vielleicht aber bewahren gerade die Gespenster den Frieden, vielleicht behalten die nüchternen Rechner recht, die Frankreichs Werte am Konfliktsherd, die russische Revolution, eine verlotterte Armee und den Respekt vor deutschen Bataillonen im Bündnisfall voll Zuversicht erwägen. Die Furcht wird, so glauben sie, das Furchtbare bannen. Und mag drum immerhin sein, daß man im Sommer schon trotz der ewigen Wolken am „politischen Horizont" auf die Frühlingsgespräche 1900 mit jener Goethes Herrschaften verwandten Behaglichkeitsempfindung zurückkommt, die Sonntags und an Feiertagen mit dem Gruseln in Sicherheit sich vom Köpfezerschlagen in der Türkei berichten . . .

Der Kriegsherd.

Von offiziöser Berliner Seite erhalten wir heute folgende Mitteilungen zur Lage: Während die Zuspitzung der Lage zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien diplomatisch und militärisch anhält, werden durch die letzte Note Rußlands die Mächte zu einer Entschließung darüber gedrängt, ob sie die sogenannte bosnische Frage im vollen Umfange wieder eröffnen wollen. Ist es nicht sachgemäß und für die Ruhe Europas am dienlichsten, auf Grund des zwischen Wien und Konstantinopel erzielten Einvernehmens die

SLUB Wir führen Wissen.